

**Fraktion der FDP
im Stadtrat der Stadt Plauen**

STADT PLAUEN

- 5. Juni 2023

Oberbürgermeister

Stellungnahme: Gr II

Bearbeitung: Sozialausschuss
Verwaltungsausschuss

Reg. Nr. 343-22

Plauen, den 3. Juni 2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

JHR

hiermit übersende ich Ihnen einen Antrag der FDP-Fraktion im Stadtrat der Stadt Plauen. Aufgrund der Dringlichkeit bitten wir um Aufnahme in die Tagesordnung der Sitzung des Stadtrates am 6. Juni 2023.

Antrag:

Einführung von Videoaufzeichnungen (Videoüberwachung) im Bereich des Postplatzes

Erstens:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt zur Aufklärung und zur Vermeidung von schweren Gewaltstraftaten und anderen Straftaten die Installation von Videokameras und die Einführung von Videoaufzeichnungen (Videoüberwachung) im öffentlichen Raum im gesamten Bereich des Postplatzes.

Zweitens:

Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend die technischen und organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, die unter „Erstens“ beschriebenen Maßnahmen zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu realisieren.

Begründung

Im Zentrum der Stadt Plauen und hier insbesondere im Bereich des Postplatzes ist es in den vergangenen Wochen und Monaten zu einem deutlichen Anstieg schwerer Gewaltstraftaten und anderer Straftaten gekommen. Viele Bürger und Besucher der Stadt fühlen sich nicht mehr ausreichend sicher und meiden in zunehmendem Maße die Innenstadt.

Im Stadtzentrum ansässige Geschäfte, Gastronomie- und Dienstleistungsbetriebe berichten von Beeinträchtigungen ihrer Geschäftstätigkeit und zumindest teilweise auch von Umsatzeinbußen.

Der Erhalt und der Ausbau von präventiven und sozialen Angeboten (Jugendarbeit, Streetwork und andere) wird allein nicht ausreichen, die vorgenannten Probleme zu lösen. Einen Teil der Straftäter wird man mit diesen Angeboten nicht erreichen. Daher ist aus Sicht der FDP-Fraktion die Einführung von Videoaufzeichnungen zur Aufklärung von Straftaten und zur Vermeidung dieser Straftaten durch Erhöhung des Verfolgungsdrucks ebenso wie die zeitnahe Umsetzung weiterer flankierender Maßnahmen dringend erforderlich.

Sven Gerbeth,
Fraktionsvorsitzender

